



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/2

Susanne Keller-Giger: Carl Kostka und die Deutschdemokratische Freiheitspartei in der Tschechoslowakei der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.

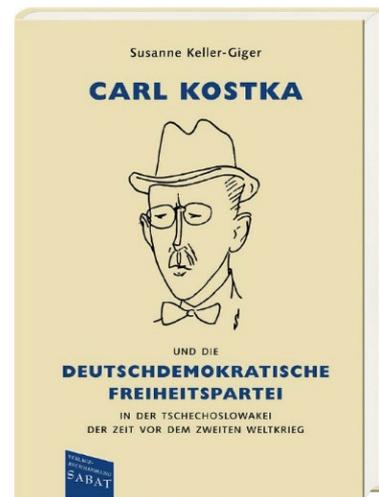
Kulmbach: Verlagsbuchhandlung Sabat, 2021, 296 S., ISBN 978-3-943506-96-9

Die Bearbeitung „Weißer Flecken“ der allgemeinen oder politischen Geschichte, sei es in Deutschland oder anderen Teilen Europas, ist sicher kein spezielles Steckenpferd der Liberalismusforscher. Aber da der politische Liberalismus im 20. Jahrhundert zu meist zu einer Minderheitenströmung innerhalb des jeweiligen politischen Systems geworden ist, neigt die Historiographie oft genug dazu, ihn als lediglich randständige Kraft zu identifizieren – oder gar schlicht zu ignorieren. Liberalismusforschung wird somit häufig genug zur mühsamen Präparierung von „Bruchstücken“ der sonstigen Historiographie, von unerforschten „Weißer Flecken“, die eher unbeachtet, jedenfalls ungewürdigt im Nebel des Vergessens zu verschwinden drohen.

Mit einem solchen Forschungsareal haben wir es bei der vorliegenden Arbeit der schweizerischen Slawistin und Osteuropahistorikerin Susanne Keller-Giger zu tun, deren tschechische Version (!) bereits 2018 in Prag vorgelegt worden ist. Die hier rezensierte deutsche Ausgabe ist allerdings in einem für sein Interesse am geistigen oder politischen Liberalismus bislang nicht ausgewiesenen Verlagshaus publiziert worden. Der Leser wird dafür quasi mit einer graphisch ansprechenden, reich illustrierten und – mit Abstrichen – gut annotierten Publikation „entschädigt“, der man jedoch anmerkt, dass ein streng reflektierendes und strukturierendes Lektorat unterblieben ist.

Die Autorin, die in den 1990er Jahren als Deutschlehrerin im nordböhmischen Liberec (früher: Reichenberg) tätig gewesen ist, hat damals ihr bleibendes Interesse für die Region, deren Menschen und Geschichte gewonnen. Sie hat sich in der Folgezeit mit der reichen deutschsprachigen Presse Reichenbergs vor 1938 beschäftigt, jener Stadt, die die bevölkerungsreichste der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) mit einer mehrheitlich deutschen Bevölkerung gewesen ist. Dabei begegnete sie zwangsläufig der Persönlichkeit des Parlamentarier und langjährigen Bürgermeisters (1929 – 1938) des Wirtschaftszentrums Reichenberg, Carl Kostka.

Keller-Gigers Recherchen ergaben rasch, dass die Quellenlage für eine von ihr ursprünglich intendierte Biographie Kostkas – vor allem aufgrund der bekanntlich erschütternden Zeitläufte – unzureichend war. So entschloss sie sich, dass politische Wirken Kostkas als Parlamentsabgeordneter und Senator sowie als Parteivorsitzender der im September 1919 in Prag gegründeten „Deutschdemokratischen Freiheitspartei“ (DDFP) nachzuzeichnen und damit zugleich in die Geschichte der DDFP einzuführen,



die bisher in der historischen Forschung keine hinreichende Würdigung erfahren hat. Das politische Wirken Kostkas steht im Vordergrund, seine Persönlichkeit bleibt verborgen.

Neben der deutsch- und tschechisch-sprachigen Sekundärliteratur stützt sich die Autorin vor allem auf zwei Zeitschriften, die 1935–1937 bzw. 1938 unter der Ägide Kostkas publiziert wurden: die „Demokratischen Stimmen“ und die „Deutschen Stimmen“. Während erstere – in Reichenberg erscheinend – ein reines Informationsorgan der DDFP darstellten, gehören die „Deutschen Stimmen“ zu jenen letztlich zum Scheitern verurteilten Bemühungen, alle staatsbejahenden, nicht-sozialdemokratischen oder kommunistischen Kräfte unter den Sudetendeutschen, sprich den „bürgerlichen Aktivismus“ der ČSR zu sammeln, quasi zum „letzten Gefecht“ gegen die Feinde von parlamentarischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Erscheinungszeitraum dieser gedruckten Quellen deutet bereits an, wo Keller-Gigers Darstellung besonders einprägsam und dicht ist: für die 1930er Jahre bzw. die Jahre der permanenten Staats- und Wirtschaftskrise der ČSR, als der westliche Nachbar Deutschland zu einer immer bedrohlicheren Herausforderung für die Existenz des jungen demokratischen Staates wurde.

Bedingt durch die Quellenlage, aber sicher auch durch das Forschungsinteresse der Autorin, weiß die Studie dem Leser nicht eindeutig zu vermitteln, was ihr zentrales Anliegen ist: Will sie eine dem Vergessen anheim gegebene, liberale, deutsche, vor allem auch deutsch-jüdische Partei der intellektuellen und stadtbürgerlichen Schichten der ČSR in das historische Bewusstsein zurückheben? Oder will sie belegen, dass es in den bürgerlichen Kreisen der Sudetendeutschen nicht nur „geborene“ oder opportunistische Feinde der jungen, mangelbehafteten tschechoslowakischen Demokratie gab, sondern auch liberal-demokratische Geister in akademischen und wirtschaftlichen Kreisen, die sich – wenn gleich zum Teil auch nach anfänglich erheblichen Vorbehalten – fest dazu entschlossen hatten, dem deutsch-nationalistischen „Negativismus“ ade zu sagen und mitzuwirken an einer gleichberechtigten Teilhabe der Bürger deutscher Sprache und Kultur an einer neuen, sich ihrer eigenen Identität (siehe die Schimäre vom „tschechoslowakischen Staatsvolk“) keineswegs sicheren staatlichen Gemeinschaft.

Sicher hätte es der Liberalismusforscher begrüßt, wenn wir mehr von der engeren Parteigeschichte der DDFP erfahren könnten. Gerade ihre Einbettung in die Traditionsgeschichte des österreichischen, aber auch in die des deutschen Liberalismus bleibt farblos und unkonturiert. Offensichtlich ist die Verbindung zum Sozialliberalismus Wiens und Deutsch-Böhmens, wie er durch die Namen Eugen von Philippovich, Marianne und Michael Hainisch sowie vor allem Julius Ofner repräsentiert wurde. Ehemalige Mitglieder kleiner links- oder sozialliberaler Parteien aus Prag, Brünn oder Reichenberg schlossen sich 1919 der jungen DDFP an, deren Programm dem damaligen deutschen Gesandten in Prag, dem Sozialdemokraten Samuel Saenger, „ganz alt und wie von einer seit [18]48 stehen gebliebenen Uhr abgeschrieben“ anmutete, deren „moderne(r) Aufputz“ allenfalls dem ihrer „reichsdeutschen Bruderpartei abgeguckt“ sei (S. 9), also der DDP. Führender Kopf der DDFP war – bis zu seinem frühen Tode – der Prager Juraprofessor Bruno Kafka, der als Parlamentarier sowohl unter tschechischen wie deutschen Abgeordneten großes Ansehen genoss.

Bei den ersten Parlamentswahlen des neuen Staates im April 1920 hatte die DDFP zwei Mandate im Abgeordnetenhaus (Kafka und Kostka) und zwei Mandate im Senat (der Prager Verfassungsrechtler Ludwig Spiegel und der Brünner Bauunternehmer Josef Jelinek) erringen können. Die DDFP war damit eine kleine Partei unter den ca. 20 Gruppierungen, die dem ersten ČSR-Parlament angehörten. Bis auf die kommunalpolitische Ebene (die DDFP stellte über Jahre die stärkste Fraktion im Stadtparlament Reichenbergs) blieben Wahlerfolge in der Folgezeit sporadisch.

Zu den programmatischen Leitsätzen der DDFP, insbesondere in ihren frühen Jahren, gehörte die „unbeirrbar[e] Verteidigung“ des Selbstbestimmungsrechts der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe. Der neue Staat, der ein „Nationalitätenstaat“, kein „Nationalstaat“ sein dürfe, benötige ein föderales

System mit Subsidiaritätsprinzip. Die DDFP betonte die Bedeutung von Privateigentum, Privatwirtschaft und freiem Handel, verschloss sich aber nicht der Notwendigkeit sozialer Reformen sowie einer progressiven Besteuerung.

Die „Gretchenfrage“ für alle Sudetendeutschen („Wie hältst Du es mit dem Staat ČSR“) beantworteten die Liberaldemokraten zunächst eher zurückhaltend, um über die Jahre auf einen klaren, „aktivistischen“ Kurs einzuschwenken. Ihr Bemühen um Eigenständigkeit – neben den anderen „aktivistischen“ Parteien der Sudetendeutschen – führte die DDFP zeitweilig in eine fragwürdige Kooperation mit ehemals extrem deutschnationalistischen Repräsentanten unter dem Dach der „Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft“ (DAWG). Diese kollabierte aber 1933, als sich der rechte Flügel der DAWG Konrad Henleins „Sudetendeutscher Heimatfront“ anschloss. Hierbei ging es zuvörderst um opportunistische Machtspiele jüngerer Vertreter aus sudetendeutschen Wirtschaftskreisen, vor allem aber auch um schieren Antisemitismus, in dessen Weltbild die Partnerschaft mit der „jüdischen DDFP“ nun so gar nicht passen wollte.

1934 übernahm Carl Kostka die Führung der DDFP und hielt sie auf einem klaren liberalen, den Grundwerten des neuen Staates zugewandten Kurs. Umso stärker Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Demokratiefeindschaft aus Nazi-Deutschland nach Böhmen hinüberschwappten, umso mehr sich die antideutschen Signale aus der verunsicherten tschechischen Bevölkerung bemerkbar machten, desto eindeutiger und kompromissloser war der Kurs Kostkas auf den Erhalt einer demokratischen und rechtsstaatlichen ČSR gerichtet, wie es in seiner Senatsrede vom 9. März 1938 zum Ausdruck kam. Darin erteilte er einseitigen Grenzverschiebungen und Totalitarismus eine klare Absage – was ihn wenig später sein Bürgermeisteramt kosten sollte und ihn zwang, seinen Lebensmittelpunkt aus dem sudetendeutschen Reichenberg ins mehrheitlich tschechische Prag zu verlegen.

Die deutsche Besetzung resp. Zerschlagung der ČSR erlebte Kostka dann zurückgezogen und unter Beobachtung durch die Gestapo in der Hauptstadt, während viele andere DDFP-Mitglieder, zumal die jüdischen, ihr Heil in der Emigration suchen mussten. Kostka, der überzeugte Böhme, blieb – auch als man ihm nach 1945 zunächst die Staatsangehörigkeit der wiedererstandenen Tschechoslowakei verweigern wollte. Es bedurfte der Unterstützung aus dem Umfeld des Staatspräsidenten Edvard Beneš, um Kostka einen Lebensabend in Prag zu ermöglichen, wo er im Mai 1957 verstarb – fern vom Getriebe aktueller Politik in einer neuen, totalitären Diktatur.

Profunde Kenner der tschechischen und der sudetendeutschen Geschichte im 20. Jahrhundert haben schon wiederholt festgestellt, dass wir viel zu wenig von all jenen politischen Akteuren wissen, die nicht in die gängigen Gliederungsschemata sudetendeutscher Vergangenheitsbewältigung passen. Susanne Keller-Giger zeigt in ihrer Studie mit Sachkenntnis und Engagement, dass es nicht ausreicht mit den Termini „Nazis/Henlein-Partei“ hier und „Sozialdemokraten“, „Christliche(Katholische) Volkspartei“ und „Agrarier“ dort zu operieren – so wie es gerade auch in der deutschen Rückbetrachtung nach 1945 üblich geworden ist. Es gab die deutschen liberalen Stimmen in der Innenpolitik der ČSR, die bis ins Jahr 1938 um Verständnis warben für die „Kinderkrankheiten“ und Geburtsfehler des neuen Staates, die aber zugleich erkannten, dass ein Scheitern des Staatsexperiments auch das endgültige Scheitern des Zusammenlebens von Sudetendeutschen und Tschechen in einem Staat bedeuten könne.

Der liberale Jurist und Parteiführer, Verbandsfunktionär und Kommunalpolitiker Carl Kostka gehörte zu ihnen. Umso bemerkenswerter – und leider eben auch bezeichnend – ist die Tatsache, dass Reichenbergs Bürgermeister auch 75 Jahre nach seinem Ableben in der Chronik des sudetendeutschen „Heimatkreises Reichenberg“ keinerlei Erwähnung findet. Der Ungeist jener, die Kostka im März 1938 des „glatten Volksverrats“ bezichtigten, er wirkt offenbar leider bis in die Gegenwart fort. In seiner

Heimatstadt Liberec/Reichenberg zumindest ehrt man Bürgermeister Kostka seit 2020 mit einer Büste vor dem Ratssaal.

Bad Honnef

Hans-Georg Fleck



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net